

# Landeszeitung für die Provinz Sachsen

In ganz Halle  
die einzige 8 mal täglich erscheinende Zeitung

Morgen-Ausgabe

für Anhalt und Thüringen

Jahrg. 217 Nr. 139/199

Bezugspreis: monatlich 3,00 Goldmark, - Bestellungen nehmen sämtliche Buchhandlungen, Zeitungsverleger und Anzeigenvermittler entgegen. 6 Wochen Gesamt mit Inhalt von 30 Seiten.

Halle - Saale

Anzeigenpreis:

Die Spaltenbreite ist 10 mm breit. 10 Pfennig. Kleine Anzeigen 5 Pfennig. 10 Pfennig. 20 Pfennig. 30 Pfennig. 40 Pfennig. 50 Pfennig. 60 Pfennig. 70 Pfennig. 80 Pfennig. 90 Pfennig. 100 Pfennig. 110 Pfennig. 120 Pfennig. 130 Pfennig. 140 Pfennig. 150 Pfennig. 160 Pfennig. 170 Pfennig. 180 Pfennig. 190 Pfennig. 200 Pfennig. 210 Pfennig. 220 Pfennig. 230 Pfennig. 240 Pfennig. 250 Pfennig. 260 Pfennig. 270 Pfennig. 280 Pfennig. 290 Pfennig. 300 Pfennig. 310 Pfennig. 320 Pfennig. 330 Pfennig. 340 Pfennig. 350 Pfennig. 360 Pfennig. 370 Pfennig. 380 Pfennig. 390 Pfennig. 400 Pfennig. 410 Pfennig. 420 Pfennig. 430 Pfennig. 440 Pfennig. 450 Pfennig. 460 Pfennig. 470 Pfennig. 480 Pfennig. 490 Pfennig. 500 Pfennig. 510 Pfennig. 520 Pfennig. 530 Pfennig. 540 Pfennig. 550 Pfennig. 560 Pfennig. 570 Pfennig. 580 Pfennig. 590 Pfennig. 600 Pfennig. 610 Pfennig. 620 Pfennig. 630 Pfennig. 640 Pfennig. 650 Pfennig. 660 Pfennig. 670 Pfennig. 680 Pfennig. 690 Pfennig. 700 Pfennig. 710 Pfennig. 720 Pfennig. 730 Pfennig. 740 Pfennig. 750 Pfennig. 760 Pfennig. 770 Pfennig. 780 Pfennig. 790 Pfennig. 800 Pfennig. 810 Pfennig. 820 Pfennig. 830 Pfennig. 840 Pfennig. 850 Pfennig. 860 Pfennig. 870 Pfennig. 880 Pfennig. 890 Pfennig. 900 Pfennig. 910 Pfennig. 920 Pfennig. 930 Pfennig. 940 Pfennig. 950 Pfennig. 960 Pfennig. 970 Pfennig. 980 Pfennig. 990 Pfennig. 1000 Pfennig.

Verkaufsstelle Halle-Saale Leipziger Straße 11/109, Fernruf Central 7801, abends von 7 Uhr ab Redaktion 5679 und 5610. - Ostbahnhofstraße 91/92.

Sonnabend, 23. August 1924

Verkaufsstelle Berlin - Bernauer Str. 30, Fernruf am Kurierstr. 8240. - Elsebe Berlin: 5 Brühlstraße. - Berlin a. Drauf von Otto Thiele, Halle-Saale

## Die Regierungserklärung vertagt

### Ein kommunistischer Obstruktionserfolg

Ausschluss des Redaktors Dr. Schwarz

Berlin, 22. August.

Die Kommunisten haben von Beginn der Sitzung an Obstruktion betrieben. Die Redaktionen sind überfüllt, in denen man besonders viel Lärm bemerkt. Der Fall fällt für den langsame. Nach 14 Uhr nehmen Reichsminister Dr. Marx und Reichsminister Dr. Brüning an ihrer Plätze ein; die übrigen Mitglieder der Reichsregierung folgen dann. Der Reichspräsident eröffnet um 14 Uhr mit der Begrüßung der Sitzung. Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt die

#### Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung

Vor Eintritt in die Tagesordnung verlangt der kommunistische Fraktion die sofortige Beratung verschiedener kommunistischer Anträge. Diese seien wichtiger als die Regierungserklärung über die Auslieferung des deutschen Volkes an den internationalen Kapitalismus. (Sehe richtig bei den Kommunisten.) Der Redner verlangt die sofortige Aufhebung des Reichstages nach der Beratung der kommunistischen Anträge, damit das deutsche Volk sofort davon Kenntnis nehmen könne, ob es sich dem internationalen Missstand ausliefern wolle.

Präsident Wallat verweist sich gegen die Ausrede und den Antrag des Redners.

Als er dem Reichspräsidenten Dr. Marx das Wort erteilt und wieder an den Rednerstuhl tritt, wird Dr. Schwarz durch einen großen Lärm und Lufte: Geht die Gelegenheit nicht Amnestie! Amnestie! Präsident Wallat verweist wieder den Lärm zu unterbinden. Er ruft den kommunistischen Abgeordneten Dr. Schwarz mehrmals zur Ordnung und verlangt endlich seinen Ausschluss von der Sitzung. Als der Ausschluss nicht in den wiederholten Aufforderungen des Präsidenten nicht folgt, unterbricht der Präsident die Sitzung auf fünf Minuten.

Während der Pause bleibt Dr. Schwarz in Saale. Der Präsident eröffnet nach fünf Minuten die Sitzung und stellt gleich fest, daß der Abgeordnete Dr. Schwarz während der Pause den Saal nicht verlassen habe; er werde deshalb für nicht zugegen von den Sitzungen ausgeschlossen. Da Dr. Schwarz an weiteren Auftritten wieder nicht Folge leistete, wird er sofort auf 20 Sitzungstage ausgeschlossen.

Der Präsident schließt um 4.15 Minuten die Sitzung mit der Erklärung, sofort den Reichstag einzuberufen. Die nächste Sitzung ist für 5 Uhr einberufen. Der Reichspräsident Dr. Brüning (Romm.) bleibt auch während der Pause, die sich bis 6 Uhr hinzieht, auf seinem Platz. Um 17 Uhr eröffnet der Präsident die zweite Sitzung des Tages. Er teilt mit, daß sich der Reichstag mit dem Fall Dr. Schwarz beschäftigt und mit überwiegender Mehrheit das Verbot des Reichstages aufgehoben hat. Der Präsident führt an: Es wurde auch bewiesen, ob die Vorbestimmungen für die Auslieferung des Kommunisten gegeben waren, weil Schwarz die Anforderungen des Präsidenten nicht erfüllt habe. Ich habe festgestellt, daß sich Schwarz noch in Saale befindet. Ich bin darum nicht in der Lage, die Verhandlungen weiterzuführen und brauche daher eine neue Sitzung für morgen 10 Uhr vormittags an. Die Tagesordnung ist die gleiche.

#### Mahnahmen gegen kommunistische Obstruktionen

Berlin, 22. August.

(Eigener Drahtbericht.) Die Vorstände der Regierungsparteien haben ausgeteilt eine Sitzung als ein Mahnahmen gegen die fortwährende Obstruktion der Kommunisten zu erlangen. Nach Schluß der Beratung werden die Fraktionsführer diese Obstruktionen von den beschlossenen Maßnahmen in Kenntnis setzen.

#### Warum die Regierungserklärung nicht erfolgen konnte

Berlin, 22. August.

(Eigener Drahtbericht.) Über den ergebnislosen Verlauf der Sitzung des Reichstages erfahren wir nach folgende Einzelheiten: Am Laufe der Sitzung erhielt Präsident Wallat einen Brief des kommunistischen Abgeordneten Dr. Schwarz, in dem dieser die Reichsregierung, heute der Sitzungsaal freiwillig zu verlassen unter der Voraussetzung, daß sein weiterer Ausschluß von den Präsidenten zurückgenommen werde, weil, wie er hinzufügte, er die Anforderungen des Präsidenten tatsächlich nicht erfüllt habe. Ueber diese Angelegenheit kam eine lange und andauernde Debatte im Reichstag statt, in der Präsident Wallat u. a. zum Ausdruck brachte, daß er sich nicht in der Lage sieht, Gewaltmittel gegen den Abgeordneten Dr. Schwarz zur Anwendung zu bringen. Er hat dann nochmals die Vorstände des Reichstages, an seiner Stelle die Sitzung zu leiten, das Reichspräsidenten bitten lassen, als Präsident

Wallat erklärte sich daraufhin bereit, bei Wiederherstellung der Sitzung die Absicht des Abgeordneten Dr. Schwarz zur Kenntnis zu nehmen und auf die Angelegenheit im übrigen in der morgigen Sitzung zurückzukommen und dabei zum Ausdruck zu bringen, daß er infolge der Entschuldigungen des Abgeordneten Dr. Schwarz bereit sei, den weiteren Ausschluß zurückzunehmen.

Die Kommunisten bestanden jedoch darauf, daß die Zurücknahme der Ausschließung aus für die heutige Sitzung erfolgen müsse. Hierbei war eine Einigung nicht zu erzielen. Infolgedessen konnte heute die Regierung nicht stattfinden. In parlamentarischen Kreisen behauptet man allgemein, daß infolge eines Konfliktes über eine Angelegenheit die wichtige Angelegenheit der Regierungserklärung und damit die Erledigung der Tagesordnung über den Fall von London eine faule zu verantwortende Verzögerung erlitten. Man fürchtet, daß sich der Konflikt auch morgen noch fortsetzt.

#### Eine neue Erklärung der Deutschnationalen

Berlin, 22. August.

Die maßgebenden Führer der deutschnationalen Reichstagsfraktion werden sich gegen die Interpretation, die das deutsche deutschnationale Fraktionsmitglied gefunden hat, als wäre damit immer noch die Möglichkeit zu einem Unfall offen gelassen. Sie betonen demgegenüber, daß die deutschnationale Fraktion in der Sache der Reichstagsfraktion und die mit dem parlamentarischen Glauben verbundenen Rechte der Reichstagsfraktion auf parteipolitische Interessen und außenpolitischen Gründen ablehnen werden. Anders könne auch der Fraktionsführer nicht erklären, daß die Verhandlungen der Fraktion, die die Ablehnung des Londoner Verhandlungsergebnisses für anspricht.

#### Der Reichsverband der deutschen Industrie für die Annahme des Londoner Abkommens

Berlin, 22. August.

(Eigener Drahtbericht.) Die Vorstände des deutschen Industrie- und Handelsverbandes, Reichsverbandes der deutschen Industrie und des Wirtschaftsausschusses für die besetzten Gebiete haben zu der durch das Londoner Abkommen geschaffenen Lage in ihrer gemeinsamen Tagung folgende Entschlüsse gefasst:

Die Voraussetzungen, unter denen die uns vertretenden Wirtschaftskreise sich mit der Annahme des Dawes-Guldens abgefunden haben, sind im Londoner Abkommen im wesentlichen erfüllt geblieben. Inerzitt geblieben ist insbesondere die Gewährung der Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Souveränität Deutschlands, auch die Fortdauer der militärischen Diktatur, welche sie nicht aus. Schwächen und Schwierigkeiten ergeben sich gegen eine Annahme handelspolitischer Verhandlungen unter dem Druck der Besetzung. Wir sind wirtschaftlich zu geschwächt, daß Zugeständnisse auf handelspolitischem Gebiete mit von uns nach dem Dawes-Guldens abgenommenen Verpflichtungen nicht vereinbar sind. Wir haben stets den Standpunkt vertreten, daß die in dem Dawes-Guldens uns auferlegten Lasten sich als die Leistungsfähigkeit Deutschlands überlegen erweisen werden. Jede weitere Einseitigkeit des wirtschaftlichen und politischen Zwanges muß die Leistungsfähigkeit wieder schwächen. Trotz allem glauben wir, unter dem eigenen Druck der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Lage, vor allem bei der Unhaltbarkeit der Zustände im besetzten Gebiet die Verantwortung für eine Ablehnung des Londoner Abkommens und die sich daraus ergebenden innen- und außenpolitischen Folgen nicht übernehmen zu können und müssen uns daher zur Empfehlung der Annahme entschließen.

#### Die Ausprache im Auswärtigen Ausschuss

Berlin, 22. August.

Im Auswärtigen Ausschuss wurde heute vormittag die Ausprache über das Londoner Protokoll fortgesetzt. Der Reichstag hat sich entschieden, was auf die Gefahren für die Rückimpf der deutschen Sachlieferung für die deutsche Industrie blicke. Das Verbot des Rückimpfs, was allerdings auf dem Papier stehe, biete kein Schutz, so wurde hauptsächlich durch die deutschen Sachlieferungen eine Selbstentlastung für die eigenen deutschen Sachlieferungen entstehen. Wie unterläßen also selbst die Möglichkeit des Dumpings. Diese fürchterlichen Gefahren geben aber nicht nur auf Deutschland zurück, sondern darunter werden auch die englische und die amerikanische Industrie zu leiden haben.

Reichsfinanzminister Dr. Luther erwiderte, daß man die Bewilligung von Sachlieferung nicht hätte vermeiden können, wenn man auf Grund des Sachverständigenprotokolls überhaupt ein Abkommen treffen wollte. Ein Dumping durch etwaigen Rückimpf von Rohstoffen aus allgemein wirtschaftlichen Gründen läßt gar nicht, eventuell nur in geringem Maße in Betracht. Früher wäre die Gefahr des Rückimpfs bei Sachlieferungen und handelspolitischen Ergebnissen. Deshalb habe

sich auch die deutsche Delegation bis zum äußersten gehalten, in die Lage der Sachlieferungen auch Sachlieferungen und pharmazeutische Sachlieferungen aufzunehmen. Inwieweit der geschlossenen Front der Vertragspartner und nachdem sich bereits der Absicht der diesbezüglichen Verhandlungen in London durch den deutschen Widerstand erheblich verzögert habe, mußte die deutsche Delegation sich schließlich entschließen, hat aber dabei erreicht, daß sie nur bis zum 15. August 1928 geleistet werden können.

Hg. Rosenfeld (Romm.) fragt, ob in London mit Kenntnis der Reichsregierung geheime Abmachungen zwischen deutschen und ausländischen Industrieunternehmen getroffen worden seien.

Hg. Schneider (D.) wünscht Sicherheit darüber, daß England die 20prozentige Exportbelastung vertragsmäßig auf die Aufhebung des Guldens erhebt.

Im weiteren Verlauf der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages äußerte sich Reichspräsident Dr. Brüning über die finanzielle Situation, die in Deutschland entstehen würde wenn sich keine Zweidrittelmehrheit finde. In die Richtung vor dem Reichstag zu bewegen, müßten dann leider in erster Reihe noch stärkere Restriktionen vorgenommen werden, wodurch nicht nur die Industrie, sondern auch sehr stark die Landwirtschaft getroffen würde. Dr. Brüning erklärte ausdrücklich, daß er nicht die Absicht habe, eine Frage hinsichtlich der Besetzung der Reichsregierung aufzuwerfen. Er erklärte, daß die Besetzung der Reichsregierung eine ernsthafte Angelegenheit sei, die die Stabilität der deutschen Währung zu schaden. In weiteren Erörterungen über Darlehen des Reichs (Deutschen), der Hauptgedanke, daß die Reichsregierung in die Hände des Reichstages übergeben werden Dr. Brüning ausführlich, daß dies nicht der Fall sei.

#### Ein neuer Kodex

Darmstadt, 22. August.

Wie eben bekannt wird, soll nach Anfratretzen der Londoner Beschlüsse von den besetzten belgischen Gebieten ein neuer Kodex der belgischen Industrie und Gewerbebetriebe in der Besetzung geräumt werden. Außer der Eisenbahnerfrage und der Wohnfrage sollen frei werden der Waldriedhof der Stadt Darmstadt, die wichtige Verbindungsstraße Darmstadt-Gießen und außerdem einige Gebiete, die bisher nicht von der Straße Darmstadt-Gießen durchflossen.

#### Londoner Stimmen über die Lage in Deutschland

London, 22. August.

(Eigener Drahtbericht.) Die Hauptausmerksamkeit der englischen Wähler richtet sich auf die Haltung der Deutschnationalen Partei. „Reformist Gazette“ schreibt an leitender Stelle, daß Amerika immerhin die Unterstützung des Dawesplans durch einen Teil der Deutschnationalen sehr erwünscht sei, um einen allgemeinen Zusammenbruch der gegenwärtig eingeleiteten Fragen zu verhindern. Ähnliches steht im „Daily Telegraph“, „Times“ und anderen Blättern. Die Schwierigkeiten unterer Fragen, die aus der Nichterfüllung der Regierungserklärung entspringen, entlasten ihn und deren Wirkung auf die internationalen Streitigkeiten in Deutschland werden im allgemeinen klar begriffen. Inbeson. erwartet man bei den Annahme, weil man sich jetzt, daß die Ergebnislosigkeit der langen und schwierigen Verhandlungen zweifellos von nachteiliger Auswirkung auf die gesamte politische Lage der Welt sein würde.

#### Die Pfalz für den Pakt von London

Ludwigsfelde, 22. August.

Die „Pfälzische Rundschau“ gibt die Erwartungen, welche die Pfalz als besetztes Gebiet für die bevorstehende Abstimmung im Reichstag hegt, wie folgt wieder:

Wir sind gewiß Gegner eines provinziellen Egoismus, der seine eigenen Interessen nicht über großen nationalen Gesichtspunkten unterordnen kann, aber man wird es uns andererseits nicht verdenken können, wenn wir es in diesem Falle auf das Wärmste begrüßen werden, wenn die entscheidende Abstimmung die Annahme der Londoner Regelung mit sich bringt. Das besetzte Gebiet müßte eine Ablehnung nicht befürchten. Daß das Sachverständigen-Gutachten uns schwere Opfer auferlegt und daß die Londoner Regelung viele Wünsche unbefriedigt läßt, darüber brauchen wir kein Wort mehr zu verlieren. Aber es ist für uns im besetzten Gebiet nicht einzusehen, was eine Ablehnung besser machen könnte.

#### Dr. Schacht besucht die Präsidenten der ausländischen Banken

Berlin, 22. August.

(Eigener Drahtbericht.) Reichsbankpräsident Dr. Schacht beschäftigt, in kürzester Zeit die Präsidenten der einzelnen Zentralnotenbanken zu besuchen, um mit ihnen die schwerwiegendsten internationalen Finanzfragen zu betreiben. Schacht wird sich voraussichtlich nach Bern, Rom und London auch nach Stockholm begeben.





